

■ LEBENSVERSICHERUNG STÜTZT 1995 WACHSTUM DER VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Der österreichische Versicherungsmarkt dürfte auch im zweiten Jahr des EWR relativ geschlossen geblieben sein. Erste Veröffentlichungen von Eurostat und Schätzungen des Versicherungsverbands deuten darauf hin, daß derzeit etwa 2% der Prämieinnahmen über den freien Dienstleistungsverkehr und Niederlassungen ins Ausland abfließen. Das Wachstum der österreichischen Versicherungsbranche war 1995 wieder von der dynamischen Entwicklung der Lebensversicherung geprägt – diese Sparte wies sowohl einnahmen- als auch ausgaben-seitig zweistellige Wachstumsraten aus. In der Krankenversicherung sanken die Prämieinnahmen hingegen real, und auch die Schaden- und Unfallversicherung expandierte nur verhalten.

Im zweiten Jahr der Teilnahme am EWR waren die österreichischen Privatversicherungen ähnlich erfolgreich wie im Vorjahr, die Wachstumsraten von Prämien und Leistungen blieben etwa konstant. Für die Versicherungswirtschaft ergab sich durch den EU-Beitritt keine Veränderung der durch die EWR-Teilnahme schon seit 1994 bestehenden Regeln der einheitlichen Zulassung, der Sitzlandkontrolle und der freien Produktgestaltung. Allerdings verlagerte sich der Wachstumsschwerpunkt wieder in den Bereich der Lebensversicherung, der sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zweistellige Zuwachsraten verzeichnete. Die Verschiebung der Anteile am Prämienaufkommen zugunsten der Lebensversicherung spiegelt die Dynamik dieses Sektors im Vorfeld der beiden Sparpakete wider. Mit einer Erhöhung der verrechneten direkten Prämien im inländischen Geschäft um 7,1% koppelte sich die Entwicklung vom sinkenden realen Wirtschaftswachstum und der abflachenden Inflation ab; das äußert sich in der geringfügig auf 5,49% gestiegenen Versicherungsdurchdringung.

Das Ausmaß der Integration der Versicherungswirtschaft in den europäischen Markt läßt sich zur Zeit nur schwer schätzen, und auch in Zukunft werden für eine solche Analyse nur bedingt Daten zur Verfügung stehen. Die Beschränkung der Kontrolle auf die Aufsichtsbehörde des Sitzlandes macht eine direkte Erfassung der Tätigkeit ausländischer Versicherungsunternehmen im Rahmen der Niederlassungsfreiheit oder des freien Dienstleistungsverkehrs unmöglich.

Der Autor dankt Josef Baumgartner für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Robert Obrzut.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten Mill S	In % des gesamten Prämienvolumens (direktes Geschäft)			Versicherungs- durchdringung ¹⁾ In % des BIP
		Lebensver- sicherung	Krankenver- sicherung	Schaden- und Unfallver- sicherung	
1991	105 027	28,0	12,1	59,9	4,94
1992	115 397	27,4	12,1	60,6	5,02
1993	129 534	31,0	11,6	57,4	5,49
1994	137 940	29,6	11,2	59,2	5,33
1995	146 418	32,0	10,9	57,1	5,49

Q: Bundesministerium für Finanzen — ¹⁾ Berechnung auf Basis verrechneter direkter, inländischer Prämien

Einen wenig informativen Anhaltspunkt für die Analyse gibt die Zahl der für diese Tätigkeiten registrierten ausländischen Versicherungsunternehmen aus dem EWR: Sie erhöhte sich seit Mai (Baumgartner, 1996) um 24%, wobei sich die regionale Struktur der Herkunftsländer geringfügig zu Großbritannien verschoben hat.

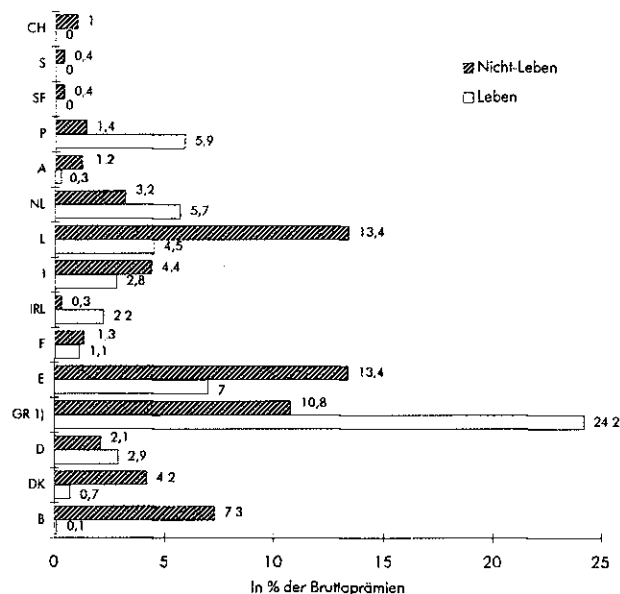
Die Anmeldungen heimischer Versicherungsunternehmen für das Auslandsgeschäft sind seit Mai 1996 nahezu stabil. Die regionale Konzentration auf Deutschland und Italien dürfte sich aus der geographischen Nähe zum süddeutschen und norditalienischen Raum ergeben – Regionen, die auch von anderen europäischen Versicherungsunternehmen als die attraktivsten Zielgebiete im Binnenmarkt bezeichnet werden (Weidenfeld, 1996).

Die Anmeldung zum Dienstleistungsverkehr ist aber nicht notwendigerweise mit aktiver Geschäftstätigkeit gleichzusetzen. Daten über die Prämieinnahmen und Leistungen aus internationalen Tätigkeiten sind in der Aufbauphase einer europäischen Versicherungsstatistik noch nicht verfügbar. Das Bundesministerium für Finanzen sammelt nur die Unternehmensdaten von in Österreich zum Betrieb angemeldeten Versicherungen. Dadurch sind zwar die Auslandsaktivitäten österreichischer Unternehmen vollständig erfaßt, die Tätigkeit der EWR-Unternehmen in Österreich kann aber nur unzureichend beobachtet werden. Die jüngst von Eurostat (1996) publizierte Statistik ist ein wichtiger Schritt zur einheitlichen Darstellung nationaler Versicherungsmärkte im EWR. Sie enthält einen zusammenfassenden Überblick aller Teilnehmerländer für 1993 und individuelle Länderberichte. Die Publikation von Daten für 1994 ist in Vorbereitung und wurde für Jahresende angekündigt.

ÖSTERREICHS VERSICHERUNGSMARKT AUCH IM ZWEITEN JAHR DES EWR RELATIV GESCHLOSSEN

Der österreichische Versicherungsmarkt ist in bezug auf Drittländer vor allem im Bereich der Lebensversicherung zu den geschlossenen Märkten zu zählen (Abbildung 1), etwa 1% der verrechneten Prämien floß 1994 in Drittländer. Ergänzende Schätzungen des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs lassen vermuten, daß derzeit ebenfalls 1% der Prämien im Rahmen

Abbildung 1: Gebuchte Bruttobeiträge der Niederlassungen von Drittland-Unternehmen im Tätigkeitsland 1994



Q: Eurostat. — ¹⁾ Bezieht sich auf Niederlassungen sowohl von Drittland-Unternehmen als auch von EWR-Unternehmen

der Niederlassungsfreiheit verrechnete Bruttoprämien und Prämienzahlungen im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs ins EWR-Ausland fließen. Die vermutlich wichtigste Ursache dafür ist die Eigentümerstruktur heimischer Unternehmen: Bereits vor der Errichtung des EWR standen etwa 47% der Unternehmen in ausländischem Besitz; dabei überwiegen deutsche und italienische Eigentümer deutlich. Die Anmeldungen britischer, irischer und luxemburgischer Unternehmen erhöhten nun die regionale Streuung der Konkurrenz.

Der potentielle Markteinstieg zusätzlicher Mitbewerber wurde schon 1994 mit der Novelle zum Versicherungsvertragsrecht (BGBl. 509/1994 und 652/1994) erleichtert und heuer mit der Neukodifizierung des Maklergesetzes (BGBl. 262/1996) weiter gefördert. Vor allem die Beziehung zwischen Kunden und Maklern bzw. Versicherungen hat sich dadurch verändert, Flexibilisierung und Verbraucherschutz werden zunehmend betont (Jabornegg, 1996, Hackl, 1996). Das neue Maklergesetz sollte für eine Verstärkung des Wettbewerbs sorgen, weil es Versicherungsmakler verpflichtet, überwiegend die Interessen des Kunden zu wahren. Dabei ist in der Beratung und Risikoanalyse des Kunden neben dem Preis-Leistungsverhältnis des Angebotes auch die Solvenz des Versicherungsunternehmens in Betracht zu ziehen. Die Angebotspalette eines Maklers darf keinesfalls durch Vorlieben für ein bestimmtes Versicherungsunternehmen bestimmt sein. Dadurch sollte im Massengeschäft das Angebot ausländischer Versicherungsprodukte zumindest im Bereich stark standardisierter Policen mit geringer Intensität in der Schadensbearbeitung

Versicherungssteuern in der Lebensversicherung

		Steuersatz in %
Österreich	Steuer auf Beiträge an Pensionskassen (2,5%), auf Versicherungsprämien bei einer Versicherungssumme über 10.000 S (4,0%), auf Einmalerlöge für Polizzen mit einer Laufzeit unter 10 Jahren (11%)	2,5 bis 11
Griechenland	Steuer auf die Versicherungsprämie bei einer Laufzeit unter 10 Jahren (4%, sonst 0%), Vertragsgebühr für die Erstprämie (2,4%), Beiträge zu Pensionsfonds (5%)	7,4 bis 11,4
Island	Vertragsgebühr für die Erstprämie	8,0
Italien	Steuer auf die Versicherungsprämie	2,5
Japan	Mit dem Versicherungsprodukt variierende Unternehmensteuer	1,0
Kanada	Steuer auf die Versicherungsprämie auf Ebene der Provinzen	2,0 bis 3,5
Portugal	Parafiskalische Steuer	1,1
Schweden	Steuer auf die Versicherungsprämie ausländischer Versicherungen	15,0
USA	Steuer auf die Versicherungsprämie auf Ebene der Bundesstaaten	1,0 bis 4,0

Q: OECD (1996), Tabelle 2.

ausgeweitet werden. Wenn auch die Schadensbearbeitung von inländischen Maklern übernommen werden sollte, wird der Marktzutritt ausländischer Versicherer auch im Bereich der nicht standardisierbaren Risiken leichter sein.

Die Wettbewerbsintensität auf dem österreichischen Versicherungsmarkt wird neben den Vertriebswegen auch durch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit heimischer Anbieter bestimmt. Dabei spielen Steuern als ein wirtschaftspolitisches Instrument eine wichtige Rolle. Die Möglichkeiten zur Besteuerung von Versicherungen reichen von Steuern auf Prämienzahlungen über Versteuerung der laufenden Finanzerträge bis hin zur Besteuerung der Versicherungsleistungen. Österreich sieht als eines von 9 OECD-Ländern eine Versicherungssteuer auf Prämien für die Lebensversicherung und Beiträge an Pensionskassen vor (derzeit 4% bzw. 2,5%). Mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996 wird dieser Satz für Einmalerlöge auf 11% erhöht (BGBl. 201/1996), in der Krankenversicherung beträgt der Steuersatz 1% und in der Sachversicherung 11% (siehe Kasten).

Übersicht 2: Lebensversicherung

	Brutto- prämien	Netto- prämien ¹⁾	Selbst- behaltquote	Überschuß aus der Finanz- gebarung	Aufwendun- gen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versiche- rungstechni- schen Rück- stellungen
	Abgegrenzt Mill. S		In %		Mill. S	
1991	29.367	26.274	89,5	13.544	12.840	22.008
1992	31.573	28.875	91,5	15.772	15.410	21.083
1993	40.179	37.262	92,7	18.418	17.383	28.718
1994	40.788	37.470	91,9	17.829	23.296	23.652
1995	46.894	44.031	93,9	21.124	27.673	28.373

Q: Bundesministerium für Finanzen — ¹⁾ Geschätzt

Die Besteuerung der Prämienzahlungen sollte sich nach dem Strukturanpassungsgesetz (BGBl. 201/1996) auf in- und ausländische Unternehmen gleich auswirken. Diese Neutralität ist im Bereich der Absetzbarkeit von Prämien zur Lebens- und Krankenversicherung als Sonderausgaben allerdings nicht gegeben, weil Zahlungen an ausländischen Unternehmen davon ausgenommen sind. Die durch das „Sparpaket“ 1996 verminderten Abzugsmöglichkeiten von Sonderausgaben entschärfen die Verzerrung in diesem Bereich. Die Besteuerung des Gewinns von Versicherungsunternehmen vor Steuern wird schrittweise von 10% auf 15% und 20% erhöht und könnte zu Lasten der in die versicherungstechnische Rechnung übertragenen Kapitalerträge gehen. Damit wurde die Wettbewerbsposition heimischer Unternehmen geschwächt.

STARKER ANSTIEG DER PRÄMIEN-EINNAHMEN IN DER LEBENSVERSICHERUNG VOR INKRAFTTRETEN DER „SPARPAKETE“

Nach der mäßigen Entwicklung 1994 erzielte der Bereich Leben 1995 wieder ein Prämienwachstum von 15%, das sicher teilweise auf Erwartungen einer steuerlichen Schlechterstellung des Prämienaufwands durch die beiden „Sparpakete“ zurückgeht. Daneben dürfte aber das Versicherungssparen vor allem wegen seiner zur Zeit im Vergleich zu Bundesanleihen attraktiven Verzinsung bevorzugt werden (Übersicht 8). Die Zunahme der Aufwendungen für Versicherungsfälle um 34% (1994) und 19% (1995) ist ein Echoeffekt früherer Maßnahmen zur Förderung des Versicherungssparens. Seit 1994 gelangen die nach dem Kapitalversicherungsförderungsgesetz abgeschlossenen mit einer Laufzeit von 12 Jahren ausgestatteten „Salcher-Polizzen“ (BGBl. 163/1982) zur Auszahlung, und auch in den kommenden Jahren werden sie noch eine abflauende Welle von Leistungen nach sich ziehen. Im Gegensatz zum Vorjahr dürfte das angesparte Kapital 1995 jedoch verstärkt in Neuabschlüsse geflossen sein, sodaß auch die versicherungstechnischen Rückstellungen kräftig ausgeweitet wurden (+ 20%).

Auswirkungen steuerlicher Regelungen auf das Versicherungssparen

Im Jahr vor dem Inkrafttreten einer Änderung der steuerlichen Förderung von Versicherungsprämien steigen vor allem die Einmalerläge mit zweistelligen Zuwachsraten. Das geht auf die geänderte Nettorendite des Versicherungssparens gegenüber anderen Sparformen zurück und ist sicher auch auf die Werbung der Versicherer mit Schwerpunkt auf steuerlicher Absetzbarkeit von Prämienzahlungen zurückzuführen. Übersicht 3 zeigt die Koeffizienten einer Gleichung, in der die Veränderungsrate der Prämienzahlungen zur Lebensversicherung auf die Sparquote und das nominelle Wirtschaftswachstum regressiert wird. Steuerreformen werden jeweils durch Dummy-Variablen gekennzeichnet, die im Jahr vor der Steuerreform den Wert 1 annehmen und sonst Null sind. Nur bei der Einführung der Endbesteuerung von Zinsen 1994 können Vorzieheffekte festgestellt werden, sodaß *DDUM93* 1993 den Wert 1 und im Folgejahr den Wert -1 annimmt. Die Sparquote und die Einkommensveränderung sind im Beobachtungszeitraum 1978/1995 negativ korreliert, weil weitere kleinere Reformen in der Gesetzgebung den zwischen 1966 und 1980 bestehenden positiven Zusammenhang überlagern.

In den Gleichungen (1) bis (4) werden die Steuerreformen einzeln getestet; die letzten zwei Zeilen in Übersicht 3 zeigen die Ergebnisse gemeinsamer Schätzungen. Das Ausmaß des „Steuereffektes“ auf die Prämieinnahmen schwankt je nach Reform. Während 1979 durch die Erhöhung der Mindestvertragsdauer von 10 auf 15 Jahre ein deutlich positiver Effekt entstand, hatte die Ausdehnung von 15 auf 20 Jahre gemeinsam mit der Halbierung der absetzbaren Sonderausgaben mit der Steuerreform 1988 (BGBl 660/1989) keinen meßbaren Effekt. Andererseits waren 1993 vor der Einführung der Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung mit einem Steuersatz von 22% Vorziehkäufe von Polizzen und eine entsprechende Abschwächung im Folgejahr zu beobachten. Für 1995 können keine signifikanten Auswirkungen der Sparpakete I und II festgestellt werden. Die gleichartige Wirkung der vier Steuerreformen wird in einer gemeinsamen Schätzung getestet und kann mit einer *F* (3, 11)-Statistik von 1,36 nicht abgelehnt werden. Dieses Ergebnis geht aber in erster Linie auf die hohe Standardabweichung der Koeffizienten von *DUM88* und *DUM95* zurück.

Die Herabsetzung der steuerlichen Förderung von Lebensversicherungsprodukten in den letzten Jahren hatte durchaus unterschiedliche Auswirkungen auf die Prämienentwicklung in diesem Bereich (siehe Kasten). Erwartungsgemäß ist für die Haushalte das Ausmaß, in

dem sich die Nettorendite auf Versicherungssparen durch die Reform ändert, ausschlaggebend. Die Kombination aus der Besteuerung von Auszahlungen aus Einmalerlägen mit dem Einkommensteuersatz und der Erhöhung der Versicherungssteuer für Einmalerläge auf 11% mit Änderungen der Absetzbarkeit von Sonderausgaben und der Erhöhung des Kapitalertragsteuersatzes auf 25% hatte in der ersten Jahreshälfte 1996 eine Steigerung der Prämieinnahmen um 30% bis 46% zur Folge. Der Anteil der Einmalerläge am Prämienwachstum stieg zeitweise auf fast 50% und macht damit eine Einschätzung im Jahresdurchschnitt schwierig.

SCHADENQUOTE DER PRIVATEN KRANKENVERSICHERUNG 1994 WIEDER GESTIEGEN

Die privaten Krankenversicherer hatten 1994 erstmals seit Ende der achtziger Jahre einen Rückgang der Schadenquote verzeichnet. Diese erfolgreiche Entwicklung hielt 1995 nicht an. Dem weiter abgeschwächten Prämienwachstum von 3% stand eine Steigerung der Leistungen um 3,3% gegenüber. Da die Preise von Krankenzusatzversicherungen 1995 mit +5,6% deutlich rascher stiegen als die Prämieinnahmen, ergab sich ein realer Rückgang um 2,5%. Er kann zum Teil auf die Abnahme der Zahl der Risiken seit 1994 zurückgeführt werden (1994 -0,9%, 1995 -0,5%)¹⁾ Daneben dürfte aber auch die erfolgreich vorangetriebene Umstellung auf Polizzen mit Selbstbehalt und entsprechend niedrigeren Prämien zur schwachen Entwicklung beigetragen haben. Als positiver Seiteneffekt von Selbsthalten stabilisierte sich die Entwicklung der Leistungsfälle (1994 -0,2%, 1995 +0,7%).

Im März 1995 wurde der Musterprozeß über die Verrechnung allgemeiner Defizite der Krankenanstalten an die privaten Krankenversicherungen abgeschlossen. Nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs dürfen nur die tatsächlich erbrachten Mehrleistungen in Rechnung gestellt werden. Das schuf die Grundlage für Neuverhandlungen der Verträge über die Übernahme von Spitals- und Arztkosten der privaten Krankenversicherungen in den einzelnen Bundesländern. Seit April 1996 liegen für alle Bundesländer neue Verträge vor, und sie sehen in sechs Fällen geringere Kostenersätze in öffentlichen Krankenanstalten vor. In Niederösterreich und der Steiermark blieben die Gebühren unverändert, weil die Kostenverrechnung bereits die Bedingungen erfüllte. Die Weitergabe der Kostenvorteile an die Versicherten in Form niedrigerer Prämien zeigt sich

¹⁾ Der im Geschäftsbericht des Versicherungsverbands publizierte Rückgang der Zahl der Risiken um 4,5% 1994 ist auf Umstellungen im Melde- und Erfassungsmodus für Gruppenverträge zurückzuführen. Laut WVO ergibt sich für 1994 ein berichtigter Wert von -0,9%.

Übersicht 3: Auswirkungen der steuerlichen Behandlung von Versicherungsprämien auf die Prämieinnahmen der Lebensversicherungen

	Konstante	Sparquote	Nominelle Vorjahresveränderung des BIP	DUM79	DUM88	DDUM93	DUM95
(1)	0,45 (0,00)	- 0,70 (0,17)	- 4,36 (0,00)	0,19 (0,00)			
(2)	0,32 (0,01)	- 0,79 (0,28)	- 1,93 (0,07)		0,04 (0,52)		
(3)	0,24 (0,01)	- 0,53 (0,34)	- 1,05 (0,21)			0,11 (0,00)	
(4)	0,33 (0,01)	- 0,80 (0,29)	- 1,95 (0,10)				0,00 (0,92)
(5)	0,30 (0,00)	- 0,62 (0,21)	- 2,02 (0,05)	0,12 (0,03)	0,05 (0,26)	0,10 (0,01)	0,01 (0,82)
(6)	0,28	- 0,86	- 1,36	0,08	0,08	0,08	0,08

Regressionsergebnisse; abhängige Variable: Veränderungsrate der Prämieinnahmen, Dummy-Variablen für die Jahre vor den Steuerreformen 1980, 1989, 1994, 1996. Zahlen in Klammern = Signifikanzniveau der erklärenden Variablen. Die F-Statistik für den Test auf gleiche Koeffizienten der Dummies ist F(3, 11) = 1,36 mit einem Signifikanzniveau von 0,31.

nunmehr im VPI. Die bis Oktober 1996 gemessene Verbilligung der Prämien für die Krankenzusatzversicherung um 2,4% wird sich auch 1997 fortsetzen. Ein weiteres Potential für Prämienenkungen um etwa 5% bis 10% ergibt sich mit Jahresbeginn 1997, wenn die unechte Mehrwertsteuerbefreiung für Ärzte und Spitäler sowohl die Spitalsgebühren als auch die Ärztehonorare senken wird. Die stärkere Verbreitung der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung läßt auch mittelfristig gemäßigte Kostensteigerungen erwarten.

SINKENDE SCHADENQUOTE KOMPENSIERT KOSTENSTEIGERUNG IN DER SCHADEN- UND UNFALLVERSICHERUNG

Die Entwicklung der abgegrenzten Bruttoprämien beruhigte sich auch nach Berücksichtigung umstellungsbedingter Verzerrungen im indirekten Geschäft der Schaden- und Unfallversicherungen 1995 deutlich. Zur Zeit ist das abgegrenzte inländische Direktgeschäft der verlässlichere Indikator für die Einnahmensituation in Österreichs dominierendem Versicherungsbereich. Mit +3,6% fiel die Wachstumsrate 1995 geringer aus als im Vorjahr; dem stehen eine mäßige Steigerung der Zahl der Risiken (+2%) und eine nahezu stabile Selbstbehaltquote gegenüber. Wegen der Abnahme der Schaden- und Leistungsfälle in der Schadenversiche-

rung (-4,1%) und der Kfz-Versicherung (-2,4%) gingen die Versicherungsleistungen 1995 erstmals seit 1988 nominell um 0,5% zurück, obwohl die Kosten der Schäden unvermindert stark stiegen (+5,8%). Die Schadenquote sank damit weiter auf 58,7%.

Die Preisentwicklung von Schaden- und Unfallversicherungen beruhigte sich 1995 leicht und dämpfte damit den Preisauftrieb der Privatversicherungsformen insgesamt von 5,6% (1994) auf 3,9% (1995). Dabei wurden die Kostensteigerungen durch den günstigen Schadenverlauf kompensiert und nicht im vollen Umfang an die Versicherten weitergegeben. Der Verbraucherpreisindex wird durch die nachlassende Verteuerung der Kfz-Haftpflichtversicherungen (Pkw) am stärksten beeinflusst, wobei die zugrundeliegende Entwicklung überzeichnet wird: Schon vor der Schaffung des EWR erfolgte speziell in der Kfz-Haftpflichtversicherung eine starke Preisdifferenzierung nach Kundengruppen, die im VPI wegen dessen Konstruktion als Laspeyres-Index (fixer Warenkorb) nicht zum Ausdruck kam. Da die Preiserhebung auf gleichbleibenden Standardprodukten aufbaut, können Rabatte und stärkere Produktdifferenzierung zu einer verzerrten Einschätzung der Preisentwicklung führen. Dieser Effekt ist im langjährigen Durchschnitt wegen der regelmäßigen Anpassung des Warenkorbs an Qualitätsänderungen und neue Konsummuster klein, rasche

Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien		Schadenquote in %	Überschuß aus der Finanzgebarung		Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungsfälle ¹⁾		Mill. S	Mill. S	
1991	12.705	10.260	80,8	1.212	1.169	
1992	13.925	11.447	82,2	1.431	1.240	
1993	14.985	12.339	82,3	1.527	1.375	
1994	15.506	12.606	81,3	1.294	1.640	
1995	15.974	13.027	81,6	1.646	1.848	

Q: Bundesministerium für Finanzen — ¹⁾ Einschließlich Prämienrückerstattung

Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien		Selbstbehaltquote in %	Überschuß aus der Finanzgebarung	Versicherungsleistungen brutto	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Abgegrenzt	Inländisches Direktgeschäft				
1991	62.955	53.037	80,8	5.730	44.734	958
1992	69.899	57.286	80,6	7.044	46.584	463
1993	74.371	61.195	80,7	7.473	49.500	603
1994	81.647	64.408	76,5	6.367	50.975	616
1995	83.551	66.731	76,3	6.335	50.703	554

Q: Bundesministerium für Finanzen

Übersicht 6: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex 1986

	Gewicht im Warenkorb In %	1991	1992	1993	1994	1995	Oktober 1996
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tarifprämien für							
Hausratsversicherung	0.549	+ 5,7	+ 5,7	+ 6,3	+ 6,0	+ 3,8	+ 2,1
Bündelversicherung für Eigenheim	0.377	+11,1	+ 3,9	+ 5,2	+ 6,1	+ 3,1	+ 3,2
Krankenzusatzversicherung	1.245	+ 7,1	+ 9,6	+ 8,5	+ 5,5	+ 5,6	- 2,4
Kfz-Haftpflichtversicherung (PKW)	1.300	+ 4,1	+ 4,4	+ 3,4	+ 4,9	+ 2,0	- 2,7
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0.114	± 0,0	+ 6,8	± 0,0	+ 8,0	+ 1,8	+ 7,9
Kfz-Teilkaskoversicherung	0.270	+ 5,3	+ 7,0	+ 4,1	+ 7,6	+ 6,9	+ 6,9
Privatversicherungsformen insgesamt	3.855	+ 5,9	+ 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 3,9	- 0,4
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 3,3	+ 4,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,1
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,23	+ 0,25	+ 0,22	+ 0,22	+ 0,15	- 0,01

Q: ÖSTAT

Produktanpassungen und großzügige Rabattierungen wirken sich aber deutlich aus.

Zusätzlichen Druck auf die Prämien erzeugt die Konkurrenz durch neuartige Vertriebsformen. Neben den mittlerweile schon etablierten Schalterpolizzen forcieren einige Marktteilnehmer seit Ende 1995 die Direktversicherung über Telefonvertrieb. Obwohl dabei deutliche Preisnachlässe (bis zu 40%) gewährt werden, ist die Verbreitung nach wie vor gering. Beide Effekte ließen die Preise von Kfz-Haftpflichtversicherungen in den ersten drei Quartalen 1996 bereits sinken. Der Preisanstieg in der Kfz-Teilkaskoversicherung von 6,9% im Vorjahresvergleich dürfte auf die mangelnde Berücksichtigung von Qualitätsänderungen bei der Umstellung auf eine neue Berechnungsbasis zurückgehen.

VERMÖGENSENTWICKLUNG IN DER VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT DURCH EXPANSIVE LEBENSVERSICHERUNGEN GEPRÄGT

Die Kapitalanlagen der Versicherungswirtschaft sichern das Deckungserfordernis ab, das sich durch die Übernahme von Risiken ergibt. Die unterdurchschnittliche Steigerung um 9,7% kann mit der Entwicklung der Lebensversicherungen begründet werden: Der hohe Zu-

wachs der Prämieinnahmen war 1995 von einer starken Steigerung der Auszahlungen begleitet. Der Nettoeffekt über alle Versicherungszweige ist entsprechend gering.

Die Verteilung des Vermögens auf die einzelnen Anlageformen verlagerte sich zu den langfristigen und daher auch höher verzinsten Positionen. Davon waren besonders die Guthaben bei Kreditunternehmen (-26%), die Realitäten (-3,8%) und auch die festverzinslichen Wertpapiere (-5%) betroffen. Überdurchschnittlich wurde in Anteilswerte (10,7%) und Darlehen (17,1%) investiert, die bei einem entsprechend langen Veranlagungshorizont höhere Renditen bringen sollten. Vor allem der Bund verlagerte seine Finanzierung von Anleihen zu Darlehen, so daß die Versicherungen 1995 bereits deutlich mehr als ein Drittel der nichttitrierten Bundesschuld hielten. Mit einer Verlängerung der durchschnittlichen Restlaufzeit von Darlehen an den Bund von 7,3 auf 8 Jahre konnte die Verzinsung der Darlehen konstant gehalten werden, während die Neuemissionsrendite für Bundesanleihen leicht von 6,7% auf 6,6% fiel.

Die Rendite auf Kapitalanlagen ergibt sich aus dem Veranlagungserfolg und lag besonders im Bereich der Lebensversicherung über der Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen. 1995 spiegelt sich der Erfolg einer

Übersicht 7: Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Guthaben bei Kreditunternehmen	Insgesamt	Wertpapiere Festverzinsliche Wertpapiere	Anteilswerte	Darlehensforderungen, Polizzendarlehen Mill. S	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Sonstige andere Kapitalanlagen	Kapitalanlagen insgesamt (ohne Depottforderungen)
1991	12.217	130.948	-	-	110.359	27.452	8.384	-	289.360
1992	8.187	136.590	102.075	34.516	123.617	32.052	19.769	131	320.346
1993	9.379	149.666	104.508	45.158	137.325	36.796	33.484	263	366.913
1994	8.663	178.107	127.983	50.124	151.506	38.891	35.979	180	413.327
1995	6.382	189.785	134.276	55.509	177.407	40.377	39.281	100	453.332
					Anteile in %				
1991	4,2	45,3	-	-	38,1	9,5	2,9	-	100
1992	2,6	42,6	31,9	10,8	38,6	10,0	6,2	0,0	100
1993	2,6	40,8	28,5	12,3	37,4	10,0	9,1	0,0	100
1994	2,1	43,1	31,0	12,1	36,7	9,4	8,7	0,0	100
1995	1,4	41,9	29,6	12,2	39,1	8,9	8,7	0,0	100

Q: Bundesministerium für Finanzen

Übersicht 8: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	In %			
1991	8,6	8,5	7,5	7,4
1992	8,3	8,9	8,1	8,4
1993	6,6	9,1	7,6	8,0
1994	6,7	7,7	5,7	5,9
1995	6,5	8,2	6,6	5,3

Q: Bundesministerium für Finanzen, eigene Berechnungen.

langfristigen Veranlagungsstrategie in einer Vergrößerung des Zinsabstands in diesem Bereich auf 1,7 Prozentpunkte. Die Zurückhaltung beim Erwerb von festverzinslichen Anleihen und die Ausdehnung der Restlaufzeit von Darlehen erlaubten den Versicherungsunternehmen einen Ausgleich des Zinsabschwungs. In den anderen zwei Sparten dominierten offenbar Liquiditätsüberlegungen, sodaß die Rendite in der Krankenversicherung nahezu der Sekundärmarktrendite entsprach

1995 Growth of Insurance Industry Driven By Strong Expansion of Life Insurance Business – Summary

The Austrian insurance market appears to have stayed rather closed also in the second year since the Single Market was established with the European Economic Area (EEA). While the scope of suppliers has become wider in geographical terms by new entrants from the U. K. and from Luxembourg joining the foreign insurance companies resident in Austria, only about 2 percent of premium revenues is currently leaking abroad under the free flow of services and investment, according to data provided by Eurostat and to estimates by the Association of Austrian Insurance Companies.

Growth of the Austrian insurance industry in 1995, as in the previous year, was driven by the strong expansion of life insurance, with both revenues and expenditure in this category rising at double-digit rates. This development may be explained by private expectations concerning the fiscal consolidation package, although own estimates suggest that the impact of tax reforms on the flow of premium revenues was accom-

panied by higher yield on insurance policies and re-investment of matured contracts.

LITERATURHINWEISE

- Baumgartner, J., „Weitreichende Deregulierung des Europäischen Versicherungsmarktes. Die Lage der österreichischen Versicherungswirtschaft 1994/95“, WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(6), S. 419-426
- Eurostat, Insurance in Europe, European Commission DG XV, Luxemburg, 1996
- Hackl, J., „Das Versicherungsvertragsrecht aus der Sicht der Praxis“, Versicherungsrundschau, 1996, 16(1), S. 100-102
- Jabornegg, P., „Das neue Versicherungsmaklerrecht“, Versicherungsrundschau, 1996, 17-8), S. 109-120
- OECD, Policy Issues in Insurance, OECD, Paris, 1996
- Weidenfeld, G., „The European Internal Market: Expectations, Assessments and Consequences for Business Policy from the Insurers' Point of View. Questionnaire Results“, Geneva Papers on Risk and Insurance, 1996, 21, S. 77-107

The health insurance sector suffered real losses of premium revenue, due to the number of risks declining and higher coverage limits. The price effects of a constitutional court ruling whereby the suppliers of health services are not allowed to charge private insurance companies for losses incurred on their general operations should make for a rebound of demand over the next years. In the property and accident insurance categories, higher car repair costs have been more than offset by a fall in the number of claims such that indemnity payments actually declined for the first time since 1988.

Assets of insurance companies increased only moderately in 1995, with investment being shifted towards long-term loans. Due to a lengthening of average maturities, the yield differential vis-à-vis bonds widened to 1.7 percentage points